

# antworten

Inwiefern ist die Oder-Neiße-Grenze gültiges internationales Recht?

## Potsdamer Abkommen klar und eindeutig

Otto Grotewohl am 21. Juli 1950 auf dem III. Parteitag der SED:

Die Oder-Neiße-Grenze wurde während der letzten Kriegsmomente festgelegt. Hitler hat durch seinen Überfall auf Polen erneut den Beweis geliefert, daß das polnische Volk ein unantastbares Recht auf Sicherheitsgarantien an der Westgrenze besitzt. Wenn dies bei der Abtrennung früherer deutscher Gebiete für Deutschland verbunden ist, so tragen die Schuld daran einzig und allein Hitler und seine Hintermänner, die es nicht wagten, die Schuld zu übernehmen. Bei alledem bleibt auch zu betonen, daß sowohl der amerikanische Präsident wie der englische Ministerpräsident sich bereits in Jalta für die Oder-Neiße-Grenze verbürgt haben. In Potsdam wurde sie Polen dann förmlich zugesprochen. Wenn sich die Hetzer dieser Frage darauf berufen, daß die tschechoslowakischen Gebiete nur bis zur endgültigen Festlegung unter die Verwaltung des polnischen Staates kommen sollen, dann empfehle ich diesen Verhandlungen, die ihren eigenen Worten ja selbst nicht glauben, den Abdruck IX des Potsdamer Abkommens genau und wörtlich zu lesen. Es heißt nämlich in diesem Abkommen:

Die Häupter der drei Regierungen haben darin überein, daß bis zur endgültigen Festlegung der Westgrenze die früher deutschen Gebiete östlich der Linie, die von der Ostsee unweit der mündlichen Vereinbarung westlich von Silesië und weiter östlich die Oder entlang bis zur Einmündung der westlichen Neiße und die westliche Neiße entlang bis zur tschechoslowakischen Grenze verläuft... unter der Verwaltung des polnischen Staates kommen...

Wenn Worte überhaupt einen Sinn haben, dann besagt die Formulierung der früher deutschen Gebiete "vollkommen klar und eindeutig, daß die Gegenstand dieser Hetze gemachten Gebiete nach der Unterzeichnung des Potsdamer Abkommens nicht mehr zu deutschen Gebieten gelten. Alle beteiligten Alliierten sind damals einstimmig übereingekommen, die in diesen Gebieten ansässigen Deutschen auszuweisen. Vor kurzer Zeit hat der frühere amerikanische Militärgouverneur in Deutschland, General Clay, seine Meinungen veröffentlicht und sich darin ausdrücklich über die Oder-Neiße-Grenze geäußert.

Man war damals auch, einschließlich des Verfassers, noch durch die Richtigkeit der Grenzsetzung in den deutschen Osten überzeugt, wie in seinem Bericht nach Washington vom 1. Mai 1945 heißt es wörtlich: "Die Vereinigten Staaten haben - nach Tatsachen Rechnung tragend - zugewilligt, daß gewisse Gebiete in Deutschland an Rußland, Polen und die tschechoslowakische Regierung abgetreten werden. In der Erkenntnis, daß eine erfolgreiche Wiederherstellung dieser Gebiete in die Hand der Länder denkbar ist, so wie die Bewohner deutsch sind, wurde die Entfernung der gesamten deutschen Bevölkerung zugestimmt." Heute wird zur bequemeren Aufzählung der Deutschen gegen den Willen dieser amerikanischen - und britischen - Zustimmung und Mitverantwortung geäußert. Nur politische Kinder können ernsthaft behaupten, daß die Umiedelung von Millionen von Menschen vorgenommen, um sie in ein paar Jahre später unter den unglücklichen Bedingungen wieder zurückzusiedeln.

## Wilhelm-Wundt-Institut vor dem Jahrestag der SED

Prof. Dr. W. Fischel, Institutsleiter, und Dipl.-Päd. W. Kessel, Parteigruppenorganisator

Der 30. Jahrestag der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands ist ein Höhepunkt im gesellschaftlichen Leben unseres Landes. Überall in unserer Republik bereiten Arbeiter und Bauern, Wissenschaftler und Künstler dieses hervorragende Ereignis mit großem Interesse vor. Die Verpflichtung der Wissenschaftler und Studenten des Instituts für Psychologie „Wilhelm Wundt“ ist es, die Vorbereitung des Jahrestages der SED zum Anlaß, ihre

## Wie wirksamer weltanschaulich erziehen?

Am 15. März 1966 befaßte sich der Rat für Philosophie der Karl-Marx-Universität mit ideologischen Problemen der Lehrtätigkeit auf philosophischem Gebiet.

Prof. Dr. A. Kosing, Vorsitzender des Rates, begründete in seinem Vortrag die wichtigste Schlussfolgerung, die die Philosophen aus der 11. ZK-Tagung ziehen müssen: Verstärkung der weltanschaulichen Erziehungsbereitschaft. Es gilt, allen Studierenden eine wissenschaftlich begründete Weltanschauung zu vermitteln, die ihre Klassenposition und ihre geistige Verbindung mit dem Sozialismus festigt, eine Weltanschauung, die den ganzen Menschen durchdringt, sozialistisches Denken, Fühlen und Handeln vereint, eine Weltanschauung, die besonders in Bewährungssituationen ihre Kraft beweist. Die Wirksamkeit der Lehrveranstaltungen hängt in vielen davon ab, daß für die Grundthesen der marxistisch-leninistischen Philosophie die richtige, wissenschaftliche, auf den Kampf Erfahrungen der Arbeiterklasse und den Ergebnissen der modernen Wissenschaft beruhende Begründung gegeben wird und Prinzipienfestigkeit sich mit Ideenreichtum und Klarheit der Argumente verbindet.

Er wies noch, daß der gesellschaftliche

Mensch sein realer Lebensprozeß, sein praktisches und theoretisches Verhältnis zur natürlichen und sozialen Umwelt, seine Position in der weltweiten revolutionären Bewegung unserer Zeit und in den damit verbundenen politischen und ideologischen Auseinandersetzungen das Zentrum unserer Weltanschauung bilden. Von hier aus sind alle entscheidenden philosophischen Probleme zu entwickeln. Die Wirksamkeit unserer Weltanschauung wird dadurch gemindert, daß sie oft nur als ein Gerippe von Gesetzen und Kategorien dargestellt wird, der innere Zusammenhang mit dem ökonomischen, politischen und ideologischen Lebensprozeß aber verlorengeht. Die Weltanschauung ist nicht ein besonderer Teil der Philosophie neben anderen philosophischen Disziplinen; ihre Vermittlung geschieht im Gesamtbereich der Philosophie; jedes philosophische Problem ist in seinem Zusammenhang mit der weltanschaulichen Grundposition zu behandeln. Trägt die Weltanschauung nicht zum Verständnis der fundamentalen sozialen Prozesse unserer Epoche bei, bleibt sie abstrakt und nutzlos.

Professor Kosing ging dann auf einige aktuelle Entwicklungsprobleme der mar-

xisistisch-leninistischen Philosophie ein. Die Reichhaltigkeit der in den letzten Jahrzehnten neu gewonnenen philosophischen Erkenntnisse verlangt auch eine Veränderung der Systematik, in der die Philosophie gelehrt wird. Es kommt darauf an, die Einheit der marxistisch-leninistischen Philosophie in ihrer Mannigfaltigkeit darzustellen. Professor Kosing wandte sich nachdrücklich gegen die Tendenz zur Verselbständigung einzelner Bereiche der Philosophie. Manche marxistische Philosophen verwandeln die Philosophie in das Anhängsel einer Einzelwissenschaft. Dabei geht die spezifische Aufgabe der Philosophie verloren, aus den Ergebnissen der Einzelwissenschaft ein wissenschaftlich begründetes Weltbild zu erarbeiten. Spezialisierung, die auch für den Philosophen nötig ist, darf nicht in Spezialisierung abgleiten, in Vergessen des Gesamtanliegens der Philosophie münden. Andere Philosophen erheben vornehmlich einzelwissenschaftliche Theorien und Kategorien, zum Beispiel der Kybernetik, in den Rang philosophischer Probleme, wodurch die Philosophie von innen heraus entmacht wird. Die Bereicherung des Begriffsinstrumentariums unserer Philosophie muß von ihrem festen marxistisch-leninistischen Fundament aus und mit der nötigen Sorgfalt geschehen. Schließlich ist es schädlich, sukzessive bestimmte Problemkreise zum Beispiel aus dem historischen Materialismus herauszulösen und in selbständige Wissenschaften verwandeln zu wollen, was zu einer Entleerung der marxistischen Philosophie führen muß.

Am Schluß seines Vortrages betonte Prof. Kosing die Notwendigkeit des Kampfes gegen revisionistische Gefahren, die

# gedanken

mit den Tendenzen zur Auflösung der Einheit der marxistisch-leninistischen Philosophie verbunden sind; dogmatische Erscheinungen sind in sachlicher Weise positiv zu überwinden. In der Entwicklung der marxistischen Philosophie sind Meinungsverschiedenheiten und Meinungsstreit unvermeidliche und natürliche Erscheinungen. Handelt es sich um offensichtliche Angriffe auf die marxistische Philosophie, so sind sie sofort energisch zurückzuschlagen. Wurzel die Problemstellung dagegen in den Entwicklungsbedingungen der marxistisch-leninistischen Philosophie selbst, so ist eine gründliche, schöpferische, meist langwierige Forschungsarbeit nötig, und vorläufige Lösungen können nur Schaden anrichten. Er wies auch auf eine Reihe von Problemen hin, die sich in Zusammenhang mit den „Prinzipien zur weiteren Entwicklung von Lehre und Forschung an den Hochschulen der DDR“ für die Gestaltung der Lehrtätigkeit auf philosophischem Gebiet ergeben.

Im Anschluß an die lebhaft diskutierte, an der sich acht Genossen beteiligten, stellte Prof. Dr. Kosing fest, daß es jetzt darauf ankommt, gemeinsam Schritt für Schritt zu beraten, wie die Grundkonzeption zur Verstärkung der weltanschaulichen Erziehung verwirklicht werden kann und wie die Lehrtätigkeit auf philosophischem Gebiet in den verschiedenen Phasen der Ausbildung zu gestalten ist, die die „Prinzipien“ vorsehen. Dr. H. Friedrich

## fakten Zeichen des Wandels

Unsere Initiative und die Logik der Tatsachen bewirken in Westdeutschland lebendige Diskussionen über nationale Probleme

unserem Bundeskongreß wird sich der SHB verstärkt um Kontakte mit Studentenverbänden in den osteuropäischen Staaten bemühen. Auch über mögliche Gespräche mit der FDJ, der offiziellen Jugendorganisation der DDR, wird diskutiert. Wir glauben, daß dies ein Beitrag zur Normalisierung der Verhältnisse in Gesamtdeutschland sein könnte. Der SHB wird versuchen, diese Gedanken in die Diskussion innerhalb der SPD hineinzutragen.

### SHB unterstützt Ostermarsch

Die Delegierten des Bundeskongresses des SHB beschlossen mit 33 gegen 31 Stimmen: „Der Sozialdemokratische

den der Diffamierungen der westdeutschen Atomwaffen, gegen durch Bonn fest. Doch diese Hetze werde den Ostermarsch nicht stoppen können, betont Prof. Kogon, „Je radikaler der aufkommende Nationalismus seine Forderungen anmeldet, um so unausweichlicher wird es, Stellung zu beziehen.“ Die Welt blickt „mit viel Mißtrauen auf die Vereinigung von Kapital und Waffen in der Bundesrepublik. Eine solche Entwicklung wäre unwahrscheinlich, wenn die Bestimmenden im Bonner Parlament und in der Regierung aktiv etwas für den Frieden täten, das heißt, zur Abrüstung beitragen...“

### „Tabus beiseite!“

Auf verschiedenen Konferenzen der SPD in Vorbereitung

## zitate

der offene Brief der SED komme vielen SPD-Mitgliedern entgegen, die seit geraumer Zeit der Meinung sind, daß ein offenes Gespräch zwischen den beiden Parteien notwendig ist. Jetzt komme es vor allem darauf an, den begonnenen Meinungsaustausch fortzusetzen und nicht das Trennende, sondern die gemeinsamen Interessen der Arbeiter in Ost und West hervorzuheben. Deswegen bedauere er es, daß die Antwort der SPD in so aggressivem Ton abgefaßt worden ist.

### An der Seite der Gewerkschaften

Helmut Schauer, Bundesvorsitzender des Sozialistischen Deutschen Studentenbundes (SDS) äußerte: „Der neue Bundesinnenminister Lüde versucht nun, den Widerstand der Gewerkschaften gegen die Notstandsgesetze durch Gespräche hinter verschlossenen Türen aufzuweichen und zu brechen. Die Kampagne für Abrüstung hat das richtige Verständnis von ihren Aufgaben, wenn sie den Kampf für die politische Demokratie in dieser Situation in den Vordergrund stellt.“

Der Bundesvorstand SDS hat alle seine Gruppen aufgefordert, an den diesjährigen Kundgebungen zum 1. Mai teilzunehmen. Darüber hinaus will der SDS die Tradition gemeinsamer ant imperialistischer Kundgebungen gewerkschaftlicher und sozialistischer Jugendorganisationen am Vorabend des 1. Mai fortsetzen.

Der westdeutsche Vizekanzler Erich M e n d e vor dem Düsseldorf Rhein-Ruhr-Klub: „Jahrelang haben wir auf die Isolierung des Kommunismus in Mitteldeutschland hingearbeitet. Das ist fehlergeschlagen. Wir können es einfach nicht mehr.“

## zitate

### „Oder-Neiße-Grenze akzeptieren!“

Der Vorsitzende des Sozialdemokratischen Hochschulbundes erklärte jüngst im westdeutschen Fernsehen: „Der SHB ist der Ansicht, daß die Außenpolitik der Bundesregierung gegenüber den osteuropäischen Staaten in eine Sackgasse geraten ist. Wir fordern daher die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zu diesen Ländern. Voraussetzung für ein normales Verhältnis ist es, die derzeitigen faktischen Grenzverläufe, also die Oder-Neiße-Grenze, zu akzeptieren. Nach

Hochschulbund begrüßt und unterstützt die Ziele der Kampagne für Abrüstung und empfiehlt seinen Mitgliedern, sich an den Ostermarsch-Veranstaltungen zu beteiligen. Die Entsendung eines Vertreters in den Zentralen Ausschuß der Kampagne für Abrüstung ist vom Bundesvorstand zu prüfen.“

### Prof. Kogon: Stellung nehmen!

Der alljährliche Ostermarsch treffe die „innerste Hohlstelle unserer maßgebenden Gesellschaft: ihr totales Versagen, eine aktive Friedenspolitik zu unternehmen“. Das stellt Prof. Eugen Kogon in der Hamburger Zeitschrift „Deutsches Panorama“ zu den Hintergrün-

des Dortmunder Parteitages wurden Beschlüsse gefaßt, in denen der Briefwechsel zwischen SED und SPD begrüßt und gutgeheißen wird; so u. a. auf dem Bezirksparteitag der SPD Ostwestfalen-Lippe und auf der Unterbezirkskonferenz der SPD Frankfurt (Main). Vor allem auch von Jungsozialisten wird die Forderung laut, nun „endlich die Tabus beiseite zu räumen“ und mit Vertretern der DDR das Verständigungsgespräch aufzunehmen. Verschiedene Organisationen der Jungsozialisten haben in jüngster Zeit beschlossen, Gespräche und Kontakte mit der FDJ einzuleiten.

### Das Gemeinsame hervorheben

Ein führender DGB-Funktionär in Nordrhein-Westfalen erklärte,

## fakten

Probleme werden auch in den Instituts-Abteilungen Gegenstand der Diskussion sein. (Die Red.)

In weiteren Abschnitten dieses Arbeitsprogramms werden geplante Publikationen und Vorträge anlässlich des 30. Jahrestages der SED, die Durchführung einer würdigen Feierstunde am 21. April und Fragen einer wirkungsvollen Sichtgitation am Institut behandelt.

Die rechtzeitige und klare Orientierung aller Institutsangehörigen auf die gründliche Auswertung des II. Plenums und die intensive Vorbereitung des 30. Jahrestages der SED führten zu einer Steigerung der politischen Aktivität der meisten Mitarbeiter und Studenten.

Zweifelsohne wird sich diese politische Aktivierung auch fruchtbringend auf unsere fachliche Arbeit am Institut auswirken. So wird das Verhältnis zwischen Psychologie und Sozialismus noch enger werden, denn „der Sozialismus ist die Voraussetzung für die Verwirklichung des humanistischen Anliegens der Psychologie. Umgekehrt ist die Entfaltung und Ausnutzung der Psychologie eine wichtige Hilfe bei der praktischen Verwirklichung des sozialistischen Humanismus“ (Psychologie in unserem Leben, Dietz Verlag Berlin 1966, S. 22).

## meinung

Prof. Dr. A. Lösche, Physikalisches Institut, zum Briefwechsel SED-SPD

„Allen Anfang ist schwer. Aber alle Schwierigkeiten können Schritt um Schritt überwunden werden, wenn der Wille vorhanden ist.“ Diese Feststellung zeugt von dem hohen Verantwortungsbewußtsein der SED. Rüstungen, Atomwaffen und Mißtrauen müssen und werden eines Tages durch Verhandlungen und einen Friedensvertrag ersetzt werden.

Wir wollen nicht nur, daß nie wieder von deutschem Boden ein Krieg ausgeht, sondern haben auch deswegen nach 1945 auf dem Gebiet der DDR die Imperialisten verjagt. Niemand soll glauben, daß diese Leute noch einmal bei uns herrschen könnten. Wir sind für unsere sozialistische Demokratie und für die Selbstbestimmung unseres Volkes. Wir wollen, daß ganz Deutschland vom Volke regiert wird. Es ist uns gut bekannt, daß die Imperialisten 1961 unsere Republik „aufrollen“ wollten, und diesen Plan bis heute noch nicht aufgegeben haben. Wenn es zu keinem neuen Krieg kommen soll, dann muß die deutsche Arbeiterklasse den Imperialisten endgültig den Weg dazu versperren.

### Bereits abgeschlossen

...hat die Philologische Fakultät ihre Vorbereitungen auf den 1. Mai. Wir schließen das mit ihrer Abwesenheit von der Konstituierenden Sitzung des Mai-Komitees.

## Versäumtes wird nachgeholt

Dr. Margot Hegemann, Institut für Geschichte der europäischen Volkdemokratien, zur Anfrage von G. Lewin (UZ 10/66, Seite 6)

Die Anfrage betrifft zwar eigentlich die UGL, weil sie verpflichtet ist, die Konfliktkommission nach der Wahl zur konstituierenden Sitzung zusammenzurufen und dabei die Wahl des Vorsitzenden und seines Stellvertreters vornehmen zu lassen. Ich rühle mich jedoch mit angesprochen, weil ich den Vorsitz der betreffenden Konfliktkommission in der vorangegangenen Legislaturperiode innehatte und weil mir die AGL Historiker, Theologen, die für die Neuwahl verantwortlich war, das Wahlergebnis auch mitteilte. Das Versäumnis wird jetzt aufgehoben werden, indem ich die neugewählten Mitglieder der Konfliktkommission zu einer Zusammenkunft bitten und dazu ein Mitglied des Sekretariats der UGL einladen werde.

## post

UZ 14/66, Seite 5